

Es ist ein immerkehrendes Mantra: Klimaschutz und Wirtschaftswachstum passen auf Dauer nicht zusammen. In gleichem Maße wie die Industrie zum CO₂-Sparen verdonnert werde, sinke die Produktion, die Preise würden steigen, der Wohlstand schwinden. Gerade Industrienationen seien davon besonders betroffen. Bester Beweis für die Skeptiker: Die neue IWF-Prognose. Nach der es überall brummt, nur in Deutschland wächst die Wirtschaft gerade mal um mickrige 0,2 Prozent. Aber stimmt das? Reine Panikmache? Oder trifft gar das Gegenteil zu? Kaum ein Experte weltweit hat sich so lange und so intensiv mit dem Thema auseinandergesetzt wie Ottmar Edenhofer. Der 62-Jährige ist Direktor und Chefökonom des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung sowie Direktor des Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change.

Wie viel Rationalität herrscht bei der Frage des Klimas?

Ich bin seit fast 24 Jahren in diesem Geschäft und habe einen erheblichen Teil meines beruflichen Lebens in Gremien wie dem Weltklimarat verbracht. Die Debatte um die Klimapolitik und den Klimawandel erscheint mir vergleichsweise rational. Natürlich polarisiert das Thema, und es gibt Menschen, die extreme Positionen einnehmen, wie zum Beispiel den Klimawandel leugnen. Aber diejenigen, die an der Debatte teilnehmen und auch die Entscheidungen treffen, führen doch eine sehr rationale Diskussion, in der die Wissenschaft einen wichtigen Beitrag leistet und auch gehört wird.

Idealerweise sollte der Staat mit Anreizen die Marktteilnehmer dazu bringen, Klimaneutralität zu verfolgen. Haben Sie das Gefühl, dass die Ankündigungen der Politik ernst genommen werden?

Wir haben lange eine heftige Debatte darüber geführt, mit welchen Instrumenten man dem Anstieg der Emissionen entgegenwirken soll. Eine große Untersuchung am Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change hat klar gezeigt, dass alle Länder, denen es gelungen ist, die Emissionen dauerhaft abzusenken, zwar mit ganz unterschiedlichen Maßnahmenpaketen gearbeitet haben, ein Instrument aber immer mit dabei war: nämlich der CO₂-Preis. Jetzt kommt es darauf an, ob die Unternehmen erwarten, dass der CO₂-Preis weiter steigen wird. Immer, wenn Investoren das Gefühl haben, die Politik könnte in ihren Zielsetzungen

lockerlassen, bricht der CO₂-Preis etwas ein und Investitionen in CO₂-neutrale Technologien bringen weniger Gewinn. Im Kern geht es bei der Klimapolitik also um die Frage, ob die Politik sich zu einer langfristig glaubwürdigen Politik verpflichten kann. Da sind wir in der EU mit dem European Green Deal einen Riesenschritt vorangekommen. Es scheint so, als würden die Investoren davon ausgehen, dass die EU ernst macht, denn der CO₂-Preis steigt.

Warum kommen wir in der Klimapolitik generell oft nur schleppend voran?

Wir haben in der Klimaökonomie seit dem Klimareport von Nicholas Stern 2006 immer wieder gezeigt, dass es ökonomisch lohnend ist, Klimapolitik zu betreiben.

Die Schäden des Nichthandelns liegen viel höher als die Kosten der Emissionsreduktion. Es gibt eine relativ einfache Erklärung dafür, dass wir dennoch nicht handeln: Die Kosten des Klimaschutzes fallen bei mächtvollen Interessensgruppen an, und zwar sehr konzentriert. Es geht um den Energiesektor, den Transportsektor, um Eigenheimbesitzer und um den Landwirtschaftssektor. Der Nutzen der Klimapolitik hingegen entsteht in der Zukunft und vor allem in Entwicklungsländern. Kosten und Nutzen fallen also weit auseinander. Deshalb ist es so schwer, eine effektive Klimapolitik zu betreiben.

Ist diese Kluft überhaupt zu überbrücken?

Das ist die Kunst der Politik. Man muss den Nutzen für die Menschen sichtbar machen und diejenigen kompensieren, die von der

Umstellung besonders betroffen sind. Das hört man nicht gerne, aber wir haben das immer wieder gemacht. Zum Beispiel wurden beim Kohleausstieg die Betreiber von Kraftwerken kompensiert – wenn auch viel zu großzügig nach meinem Gefühl. Auch im Landwirtschaftssektor wird es solche Kompensationszahlungen geben müssen, wenn wir dort endlich die Emissionen reduzieren wollen. Gesellschaftlicher Wandel ist oft nur dadurch möglich, dass man diejenigen entschädigt, welche die Kosten für diesen Fortschritt tragen.

Wie steht es um den Weg der EU zur Klimaneutralität?

Der European Green Deal ist zusammen mit dem Inflation Reduction Act in den USA das größte planetarische Klimaschutzprojekt, das wir haben. Bemerkenswert ist, dass es mit der EU und den USA zwei Demokratien sind, die ein solches Programm vorgelegt haben. Keine Autokratie auf diesem Planeten kann es mit diesem Wurf aufnehmen. Die EU hat



INTERVIEW VON CORINNE M. FLICK

Wirtschaft und Klimaschutz. Ein Widerspruch?

Die Gründerin der Convoco-Stiftung spricht regelmäßig mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur. Diese Woche erklärt der Klima-Ökonom **Ottmar Edenhofer** wie das eine ohne das andere nicht funktioniert



Was ist CONVOCO?

Die Convoco-Stiftung bietet unterschiedliche Plattformen, die einen freien und interdisziplinären Gedankenaustausch zu gesellschaftlich relevanten Fragen ermöglichen und die Debatte beflügeln: Es gibt Lectures in Berlin und London, eine Konferenz (das

Convoco-Forum) in Salzburg. Im Convoco-Podcast spricht Corinne Flick, Gründerin und Vorstand der Stiftung, alle zwei Wochen mit wichtigen Vertretern der Gesellschaft. Das aktuelle Gespräch lässt sich hier hören:



mit dem Emissionshandel für Industrie und Strom einen wichtigen Schritt gemacht. Jetzt führt sie einen weiteren Emissionshandel für Verkehr und Transport ein und diskutiert einen dritten für die Landwirtschaft. Diese Emissionshandelssysteme müssen dann schrittweise zusammengeführt werden.

Die gewaltige Herausforderung ist aber, den nächsten Schritt in der Klimapolitik zu gehen. Wir werden nämlich feststellen, dass bis zum Jahr 2039, in dem die EU die Klimaneutralität erreichen will, nicht alle Emissionen der Industrie vermieden werden können. In der Zement- und in der Kalkindustrie zum Beispiel bleiben unvermeidbare Restemissionen, die kompensiert werden müssen – entweder durch natürliche Kohlenstoffsinken, wie zum Beispiel Wälder, oder durch technische Lösungen. Nach 2050 müssen wir noch einen Schritt weiter gehen und negative Emissionen erreichen, also netto Emissionen aus der Atmosphäre entziehen. Das ist notwendig, weil wir in unserer Klimapolitik zu säumig waren und das 1,5 Grad Ziel für mehrere Jahrzehnte überschießen werden. Die Temperaturkurve lässt sich nur zurückbiegen, indem der Atmosphäre CO₂ wieder entzogen wird. Um Anreize dafür zu schaffen, müssen jetzt die Emissionshandelssysteme fit gemacht werden. Damit beschäftigen wir uns im Augenblick. Das ist keine leichte Aufgabe. Im Kern geht es darum, als Menschheit in eine Art industrielles Kohlenstoff-Kreislaufmanagement einzusteigen. In der EU steht das schon sehr bald bevor. Das wird eine der nächsten großen Phasen sein. Ich denke, dass es der EU bislang gelungen ist, das Wirtschaftswachstum vom Emissionswachstum zu entkoppeln. Unseren Analysen zu Folge werden die Emissionen bis zum Jahr 2030 um 55 Prozent gegenüber dem Niveau von 1990 reduziert. Für die 2040 und 2050 Ziele muss aber noch gewaltig nachgelegt werden. Viel hängt davon ab, was nach der nächsten Europawahl passiert. Bislang ist der Green Deal ein großartiger Erfolg.

Warum wird die Subventionierung erneuerbarer Energien einer Besteuerung von Emissionen oft vorgezogen?

Die Frage stelle ich mir auch oft. Man hört vielfach das Argument, dass man die Erneuerbaren erst subventionieren muss, um neue Technologien auf den Markt zu bringen und Interessensgruppen zu schaffen, bevor eine CO₂-Bepreisung kommen kann. Aber in Europa haben wir diese Phase eigentlich hinter uns. Jetzt kommt es darauf an, einen Strommarkt zu etablieren, in dem die Erneuerbaren auch ohne Subventionen wettbewerbsfähig sind. Zwei Fundamentalprinzipien sind dabei für die Klimapolitik entscheidend: Wer emittiert, muss zahlen, und wer eine Kohlenstoffsinke bereitstellt, muss dafür entlohnt werden. Für die Kohlenstoffsinken wird jemand bezahlen müssen, sonst sind die ambitionierten Klimaziele nicht zu erreichen. Das erfordert Subventionen, die entweder aus dem

Emissionshandel erzeugt oder vom Finanzminister herbeigeschafft werden müssen.

Wie kann ein internationaler Lastenausgleich funktionieren?

Ich würde die Frage etwas anders stellen: Wie erreichen wir mehr internationale Zusammenarbeit? Die EU muss noch stärker international kooperieren und noch mehr Mitstreiter gewinnen – und das natürlich nur, wenn Abkommen wirklich auf Gegenseitigkeit beruhen. In Dubai hat die EU angekündigt, dass sie Klimazölle erheben will. Wer kohlenstoffintensive Produkte in die EU importieren will, muss einen Klimazoll bezahlen. Wenn aber im Exportland ein CO₂-Preis erhoben wird, wird der Klimazoll erlassen. Das hat dazu geführt, dass Indien über eine nationale CO₂-Steuer diskutiert. Selbst die Türkei denkt über einen Emissionshandel nach.

Das ist aus meiner Sicht der richtige Schritt, denn so wird klar: Die EU betreibt recht ambitionierten Klimaschutz, aber um die Wettbewerbsfähigkeit der eigenen Industrie zu schützen, lässt sie nicht zu, dass andere Staaten bei uns Produkte ohne CO₂-Bepreisung verkaufen. Klimazölle sind allerdings auch ein gefährliches Instrument, das nach Protektionismus riecht. Jeder Zoll schreit nach Vergeltung. Aber wenn so ein gemeinsames Spielfeld entsteht, kann man die Kooperation vertiefen. Auch Schwellen- und Entwicklungsländer, Uganda zum Beispiel, denken über eine CO₂-Bepreisung nach. Diese Länder können allerdings wegen des geringeren Einkommensniveaus nicht die gleichen CO₂-Preise einführen wie Europa, da braucht es einen entsprechenden Ausgleich. Das ist nur möglich, wenn sie dafür finanzielle



Ottmar Edenhofer

Nach dem Studium trat der Volkswirt in den Jesuitenorden ein. Gründete später Hilfsorganisationen, promovierte. Er ist Direktor des Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK), lehrt Ökonomie und Politik des Klimawandels an der TU Berlin

Unterstützung erhalten. Im Paris-Abkommen haben wir kaum solche reziproken Strukturen gehabt, die jetzt langsam entstehen. Die Rationalität bricht sich aus meiner Sicht also auch hier Bahn. Jedenfalls bin ich moderat optimistisch.

Im Moment beobachten wir, dass viele Programme und Gesetze wieder zurückgenommen werden, da sie den Interessen von Unternehmern, Landwirten oder Haushalten entgegenstehen. Wie beurteilen Sie diese Entwicklung?

Natürlich regen sich die Landwirte auf, wenn man ihnen sagt, dass seit 2005 die Emissionen konstant geblieben sind. Selbstverständlich regen sich Menschen über das Gebäude-Energie-Gesetz auf, weil ihnen da Lasten aufgebürdet werden, die sie nicht tragen können. In der Klimapolitik wurden sicherlich viele Fehler gemacht. Wichtig ist aber, den Menschen zu vermitteln, dass Klimapolitik dringend notwendig und entscheidend für die Sicherung unseres Wohlstands ist. In Europa kostet die Vermeidung einer Tonne CO₂ ungefähr 200 Euro. Wenn wir aber die Schäden des Klimawandels mit einberechnen, dann stellen wir fest, dass eine Tonne CO₂ bis 2050 rund 2500 Euro an Schaden verursachen wird. Wenn diese Relation verstanden wird, sollte jedem klar werden, dass hier nicht versucht wird, den Leuten das Leben madig zu machen. Es geht um eine langfristige Daseinsvorsorge. ■